

Bundeshuus-Wösch

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **113 (1987)**

Heft 42

PDF erstellt am: **09.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundeshuus- Wösch

Neu mit Aberglaube: CVP

Eine Wahrsagerin kommt im neusten Bulletin der CVP, genannt CH-Magazin, mit einer Wahlprognose fast drei Seiten lang zu Wort. Sie sagt voraus, dass die CVP am 18. Oktober ein gutes Wahlresultat erzielen werde. Lisette stört sich nicht daran, dass die CVP nicht sie gefragt hat, wieviele Mandate sie erzielen würde. Gegen ein entsprechendes Honorar hätte auch sie der CVP Siegchancen eingeräumt. Vielmehr muss doch bedenklich stimmen, dass die Christliche Partei, normalerweise doch dem Aberglauben abhold, nun nirgendwo mehr positive Prognosen findet und deshalb zum Okkultismus greifen muss. Das kommt wohl kaum gut!

SVP-Wahlballon

Zwei Wochen vor den Nationalratswahlen hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) im Bundeshaus mit einem ungewohnten Vorschlag für Aufregung gesorgt. Noch vor Bekanntgabe des Aubert-Rücktritts verlangte die Ogi-Partei ganz im Sinne von Hayek und Mc Kinsey die Zusammenlegung des Militärdepartements (EMD) mit

dem Departement für Äusseres (EDA) zu einem Departement für Sicherheit. Daraus allerdings wird nun nichts: Die SVP hat ihre Idee einstweilen liegen gelassen und will keine entsprechende Motion einreichen. Wenigstens für Gratis-Schlagzeilen ist so kurz vor den Wahlen gesorgt worden. So überraschend aber kommt für Lisette der SVP-Rückzieher gar nicht. Denn was wäre geschehen, wenn der SVP-Wahlballon in die Höhe gestiegen wäre? Über kurz oder lang wäre es mit einer Fusion auch der Schweizerischen Volkspartei an den Kragen gegangen. Oder haben Sie in den letzten Jahren zwischen SVP und FDP einen markanten politischen Unterschied festgestellt?

Pannenhelfer Günter

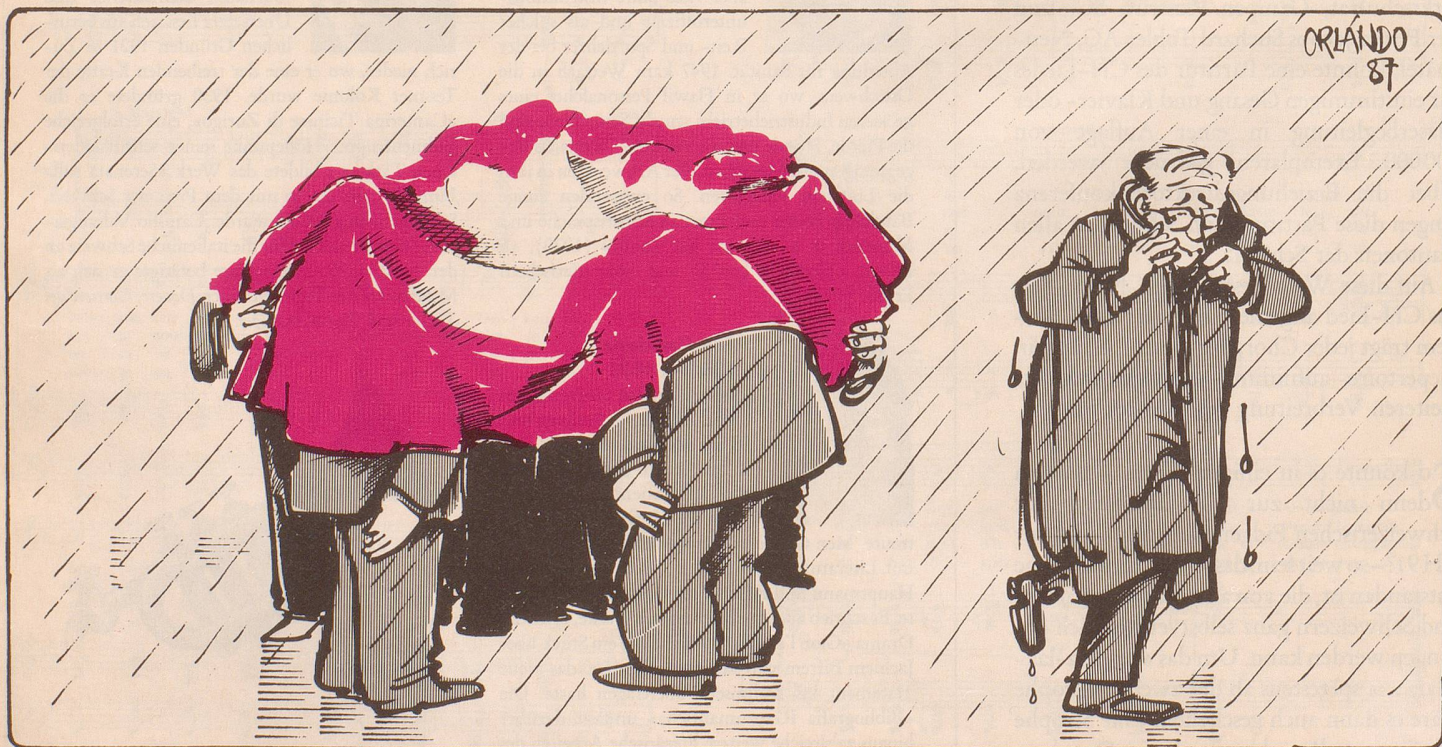
Weil nichts *mehr* quält denn ein unerfüllter, das Innere umwälzender, brodelnder Herzenswunsch, klopfen mehrere Gestalten beim Haus von Arzt und Nationalrat Paul Günter (LdU) in Goldswil bei Interlaken im schönen Berner Oberland an, da sie hofften, von ihm zwar nicht medizinische, sondern vielmehr staatskundliche Hilfe zu erlangen,

waren sie doch bestrebt, ihre bürgerliche Pflicht am 18. Oktober durch Ausfüllen eines Nationalrats-Wahlzettels getreulich zu erfüllen, fühlten sich dazu aber, infolge mangelhaften Schulsacks, nicht in der Lage, weshalb sie an Günter gelangten, hoffend, der Herr Doktor erkläre gnädigst, welche Vorkehren zu treffen seien, damit die *Auto-Partei* im Kanton Bern ihre Stimme erhalte, hoch und heilig versprechend freilich, auch Paul Günters Name zweimal auf die Liste zu setzen.

Joghurt per Telefon

Als die Migros ihre neuste Halbfettmilch startete, gebärdete sich der Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten (ZVSM) als Wächter der Nation und brandmarkte «die Tat des Grossverteilers» als rechtswidrig, so schnell es ging. Doch wie das Leben so spielt, kann es einen Kläger unversehens selbst auf die Anklagebank verschlagen. Der ZVSM hatte nämlich, um den Absatz eines neuen Joghurts zu fördern, ein aus Fernost importiertes «Bananentelefon» stark verbilligt angeboten. Es handelte sich aber um ein Produkt, das bei der PTT-Typenprüfung klar durchgefallen war, weshalb das Inverkaufbringen widerrechtlich ist, was der Berner Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Verwaltungsrat der im Fernmeldewesen tätigen Ascom-Holding, in der Fragestunde des Nationalrats seinerseits so treffend brandmarkte, dass Bundesrat Leon Schlumpf nur die Antwort blieb, er sei ob des Treibens des ZVSM gar nicht erbaut.

Lisette Chlämmerli



Schweizer Aussenpolitik – kalte Duschen vorprogrammiert